

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Landwirte in Baden-Württemberg profitieren

Deutscher Bundestag beschließt Organisationsreform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Der Deutsche Bundestag debattierte in dieser Woche abschließend einen von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Neuregelung der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung.

Wesentlicher Bestandteil der nun von der christlich-liberalen Koalition beschlossenen Reform ist die Errichtung eines bundeseinheitlichen Trägers als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser soll künftig für die Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung dieser bedeutungsvollen Branche zuständig sein. Bei Wahrung des bewährten Prinzips der Selbstverwaltung werden die bisherigen 36 regionalen Träger der Sozialversicherung der „grünen Berufe“ in den neuen Bundesträger eingegliedert.

In die neue Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird auch die landwirtschaftliche Sozialversicherung Baden-Württemberg einschließlich ihrer Versicherten integriert.

Für den Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, ist die Gründung eines gemeinsamen Bundesträgers ein notwendiger Schritt: „Die Vielzahl unterschiedlicher Träger ist bei der sinkenden Anzahl von Versicherten nicht mehr vertretbar – der gemeinsame Bundesträger wird die Effizienz der landwirtschaftlichen Sozialversicherung erhöhen.“ Dies sei auch geboten, damit langfristig der Bundeszuschuss aus Steuermitteln gerechtfertigt werden könne. Thomas Strobl hob an diesem Donnerstag in Berlin hervor, dass im Zuge dieser Reform der Bund bis 2014 150 Millionen Euro zusätzlich für die landwirtschaftliche Unfallversicherung bereitstellt – dies werde sich beitragsenkend für die Landwirte in Baden-Württemberg auswirken.

Im Gesetzgebungsverfahren konnte erreicht werden, dass die Betriebsmittel der landwirtschaftlichen Unfallversicherung Baden-Württemberg zu einem geringeren Anteil als ursprünglich vorgesehen auf den neuen Bundesträger übertragen werden.

Dies war Josef Rief ebenso wie Alois Gerig, den beiden Baden-Württemberger CDU-Abgeordneten im Agrarausschuss, in den parlamentarischen Beratungen ein wichtiges Anliegen: „So bleibt den Versicherten in Baden-Württemberg mehr Geld erhalten, was sich positiv auf ihre Beitragsentwicklung auswirken wird.“ Die Abgeordneten sehen durch den neuen Bundesträger die ortsnahe Betreuung der Versicherten grundsätzlich nicht gefährdet: „Die Selbstverwaltung des neuen Trägers ist gefordert, auch bei fortschreitendem Strukturwandel so viel Regionalität wie möglich zu bewahren.“

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU im Bundestag, Peter Weiß, befürwortet die Reform ebenfalls: „Durch Gründung einer Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau wird die Solidargemeinschaft der Versicherten vergrößert – dies ist besonders im Hinblick auf die zu erwartenden steigenden Gesundheitsausgaben zu begrüßen.“ Ein größerer Versicherungsträger könne gegenüber den Leistungserbringern bessere Leistungen für die Versicherten aushandeln.

Einen weiteren Vorteil sieht der Abgeordnete in der Vereinheitlichung der Beitragsbemessung: „Vergleichbare Betriebe erhalten nun eine vergleichbare Beitragsbelastung – dies ist ein wichtiger Schritt, damit künftig keine Wettbewerbsverzerrungen zwischen Betrieben aus unterschiedlichen Bundesländern mehr bestehen.“

Das positive Fazit lautet: „Die Reform stellt sicher, dass die landwirtschaftliche Sozialversicherung eigenständig bleibt und auch in Zukunft die soziale Sicherheit der Landwirte und ihrer Familien gewährleisten kann. Die Union unterstreicht mit der Reform ihre besondere Verbundenheit mit den Menschen in der Landwirtschaft und den dortigen Berufsständen.“

Arbeitsgruppe zu ländlichen Räumen eingesetzt

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik bergen die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird. Die Bundesregierung hat hierzu im Herbst mit dem Demografiebericht und nun mit dem Raumordnungsbericht umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die jetzt ausgewertet werden müssen. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen eine Arbeitsgruppe gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll. Besonders wichtig für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land mit seinen vielfältigen kulturellen, politischen und ökonomischen Zentren ist die gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land. Die christlich-liberale Koalition will nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation müssen gefunden werden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg ist durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik Peter Götz in der Arbeitsgruppe vertreten.

Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf

In dieser Woche nahm der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ seine Arbeit auf. Bei der nichtöffentlichen Sitzung an diesem Donnerstag steckten die elf Mitglieder des Bundestagsgremiums das Vorgehen für die nächsten Wochen ab. Nach den Beschlüssen des Ausschusses wollen sich die Abgeordneten Ende März bei zwei Anhörungen von Sachverständigen über die Struktur der Sicherheitsbehörden und über die Erkenntnislage zur rechtsextremen Szene speziell auch in Thüringen unterrichten lassen. Noch nicht terminiert ist ein Gespräch mit Barbara John, der Ombudsfrau für die Opfer der Zwickauer Terrorzelle. John war früher Ausländerbeauftragte im Land Berlin. Der Untersuchungsausschuss verabschiedete zudem 38 Beweisangebote. Vorrangig geht es um die Beziehung von Akten aus dem Bereich der Bundesregierung wie des Landes Thüringen. Die Mitglieder des Ausschusses wollen dabei nicht zuletzt prüfen, welche Erkenntnisse den Behörden zwischen 1992 und 2011 über die

Zwickauer Terrorzelle vorlagen, also zu jener Zeit, in welche die zahlreichen NSU-Aktivitäten fielen. Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuss Clemens Binner (Böblingen) sagte über die Arbeit des Gremiums: „Für mich persönlich wird der Ausschuss dann erfolgreich sein, wenn wir präzise ermitteln können, welche Fehler passiert sind, und außerdem konkrete Verbesserungsvorschläge machen können, damit sich eine solch schreckliche Verbrechenserie in unserem Land nicht wiederholen kann.“

Arbeitsprogramm der EU für 2012

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag das Arbeitsprogramm der Europäischen Union für das Jahr 2012 behandelt, das unter dem Vorzeichen der Euroschuldenkrise sowie der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Abkühlung in einer Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union steht. Die Vorhabenplanung ist darauf ausgerichtet, eine Balance zwischen der Stabilisierung öffentlicher Haushalte und der Wiederherstellung von Wettbewerbsfähigkeit zu finden. Die politischen Handlungsfelder erstrecken sich von der Reform der Finanzmärkte über die Verhandlungen des mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020, die Modernisierung des Schengen-Systems bis hin zur Vollendung des Binnenmarktes.

Terminhinweis

In dieser Woche hat der Vorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, an den traditionellen Politischen Aschermittwoch in Fellbach erinnert. In diesem Jahr hat die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands, Bundesministerin Ursula von der Leyen, zugesagt, zum größten politischen Stammtisch in Baden-Württemberg nach Fellbach zu kommen. Hier wird die CDU Baden-Württemberg mit klaren Worten und deutlichen Positionen ihre politischen Vorstellungen und die Alternativen zur grün-roten Landesregierung deutlich machen. Alle Leser sind herzlich eingeladen, am 22. Februar 2012 um 11.00 Uhr (Einlass 9.30 Uhr) in die Alte Kelter nach Fellbach zu kommen, um ein Zeichen der Stärke und Geschlossenheit der CDU-Baden-Württemberg zu setzen.

Zitat:

«Wir müssen den Griechen in die Augen sehen, uns das nationale Interesse anschauen und die Interessen unserer Kinder.»

(Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos am 9. Februar 2012 zu den Verhandlungen über weitere Sparmaßnahmen)

In eigener Sache

08.02.2012 Rote Hand gegen den Einsatz von Kindersoldaten

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages veranstaltete am Mittwoch - passend zum internationalen Red Hand Day - eine Protestaktion im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages. Dabei konnten Abgeordnete und Mitarbeiter durch ihren roten Handabdruck ihre Kritik an der Rekrutierung von Kindersoldaten in der Welt äußern. Auch Josef Rief setzte mit seiner roten Hand ein Zeichen. "Die Protestaktion ist wichtig, da sie auf ein schwerwiegendes Problem hinweist.", betonte Rief. Der Einsatz von Kindersoldaten, der vorwiegend in Entwicklungsländern vorkomme, sei nicht zu tolerieren und müsse in jedem Fall bekämpft werden.



03.03.2012 Peter Ramsauer in Unlingen

Auf Einladung von Josef Rief besuchte am 3. Februar der Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer den Kreis Biberach und verschaffte sich einen Eindruck von der Verkehrssituation in Unlingen. Ramsauer wurde von Josef Rief, Bürgermeister Richard Mück, Landrat Dr. Heiko Schmid sowie vom Landtagskollegen Peter Schneider in Unlingen begrüßt. Zur Veranstaltung waren Bürgermeister der Region sowie der örtliche Gemeinderat sowie eine große Anzahl interessierter Bürger gekommen. Nach der



Einführung durch Josef Rief, stellte Bürgermeister Richard Mück die spezielle Verkehrssituation Unlingens dar. Die Gemeinde bemüht sich seit Jahren um eine Ortsumfahrung im Zuge der B311. Die CDU im Kreis und ihre Abgeordneten sind seit jeher Unterstützer dieses Vorhabens. Das Projekt ist inzwischen planfestgestellt. Der Bundesverkehrsminister stellte anschließend die Konzeption des Ministeriums für Schiene und Straße für Baden-Württemberg vor. Ramsauer zeigte sich zuversichtlich, dass in Unlingen bald mit dem Bau begonnen werde. Ein Versprechen für den Spatenstich noch im laufenden Jahr könne er aber nicht geben. Ramsauer wies darauf hin, dass Baden-Württemberg aus den Zusatzmitteln des Bundeshaushalts mit 102 Millionen Euro genauso viel Geld erhalte, wie das größere Bayern. In Bayern werden damit drei Neubaustraßen begonnen - in Baden-Württemberg dagegen keine. Nur Radwege würden gebaut.

Es sei fast unmöglich, gegen die Landesregierung Bundesstraßen-Neubaumaßnahmen durchzusetzen. Der Minister versprach aber, bei der grün-roten Landesregierung dafür zu werben, dass der Straßenneubau voran ginge. Vor der Halle demonstrieren 150 Bürgerinnen und Bürger bei 15 Grad unter Null für einen baldigen Baubeginn der Ortsumfahrung der B311 in Unlingen. Bei der anschließenden Begehung der Ortsdurchfahrt der B311 war der Minister überrascht, zu welcher gefährlichen Situationen es wegen des auch internationalen Schwerlastverkehrs in Unlingen kommen könne.

Bei der Landesverkehrskonferenz am gleichen Abend in Reutlingen, nahm Ramsauer mehr als fünf mal Bezug auf Unlingen und die schwierige Situation. Der Besuch in Unlingen hatte Spuren hinterlassen und wird die Verwirklichung sicher beschleunigen.

Terminhinweis:

Nächster Sprechtag von Josef Rief:

14. Februar von 15.00 - 17.00 Uhr im Wahlkreisbüro in Biberach, Braithweg 27